

Zweifache Referendumsdrohung der Alternativen Fraktion

Vor den Sommerferien traf sich der Kantonsrat zu einer Doppelsitzung in zwei aufeinanderfolgenden Wochen. An der Sitzung vom 25. Juni drohte die Alternative Fraktion (AF) gleich bei zwei Geschäften mit dem Referendum: beim Gesetz über das Kantonsspital sowie beim neuen Planungs- und Baugesetz. An der Fortsetzungssitzung vom 2. Juli stand u.a. die Diskussion über die SVP-Interpellation zur illegalen Einwanderung und Ausländerkriminalität im Vordergrund.

von Sybilla Schmid Bollinger, Kantonsrätin Alternative Fraktion

Bereits beim Planungskredit für das damals noch beschlossene Zentralspital stand eine Referendumsdrohung unausgesprochen im Raum. Manuela Weichelt wandte sich gegen die Genehmigung des 300'000-Franken-Kredits, vermochte aber neben den Mitgliedern der AF lediglich die SVP und zwei CVP-Kantonsräte umzustimmen.



Licht aus?

Bild Brigitte Weiss

Mit 58 : 12 Stimmen passierte die Kreditvorlage.

Soziale, demokratische und personalpolitische Bedenken

Die Debatte über das Kantonsspitalgesetz vermochte wenigstens einen Teil der SP-Fraktion umzustimmen. Nachdem SP-Regierungsrat Urs Birchler als Sanitätsdirektor etwas widerwillig den Standpunkt der Regierung vertreten musste, die sich wie die AF für einen Managementvertrag und gegen die Gründung einer privaten Aktiengesellschaft von Kantonsspital und Spital Baar ausgesprochen hatte, machte sich in der SP-Fraktion eine gewisse Verunsicherung breit. Die Voten von Manuela Weichelt, Sybilla Schmid und Jo Lang trugen das Ihre dazu bei. Vier SP-Mitglieder teilten unsere Bedenken und stimmten mit uns gegen die «Spital-AG». Die SP-Mitglieder der vorberatenden Spitalkommission, Othmar Birri und Brigitte Profos, hielten aber stur an der beabsichtigten Gründung einer AG fest. Mit 60 : 11 Stimmen (7 AF & 4 SP) wurde die Vorlage in erster Lesung beschlossen. Die AF überlegt sich in diesem Zusammenhang, ob sie das Referendum ergreifen will.

Gegen Spreitenbachzustände im Kanton Zug

Auch die Diskussion über das Planungs- und Baugesetz (PBG) verlief für die AF unerfreulich. Jeannette Ackermann machte während der

Eintretensdebatte auf grundlegende Mängel des PBG aufmerksam und stellte während der anschliessenden Detailberatung entsprechende Anträge, die alle deutlich - auch seitens der SP - abgelehnt wurden.

Ihre wichtigsten Anträge betrafen den Bau von weiteren Einkaufszentren. Das vorliegende Gesetz sieht fast keine Einschränkungen vor und könnte im schlimmsten Fall Spreitenbach-Zustände im Kanton Zug fördern. Jeannette Ackermann wollte u.a. erreichen, dass im Gesetz ausserhalb der Kernzonen eine kantonale Verkaufsflächenbegrenzung von 18'000 m² festgelegt wird und dass pro Standort maximal 10'000 m² genutzt werden dürfen.

Auch der Antrag von Jo Lang, der Regierungsrat solle auf die zweite Lesung des PBG einen Paragraphen ausarbeiten, wie «arbeitslose» Planungs- und Erschliessungsgewinne abzuschöpfen seien, wurde verworfen. Unverständlich war auch hier die Haltung der noch anwesenden SP-KantonsrätInnen, denn auch sie lehnten diesen Antrag ab, obwohl es sich dabei um ein altes sozialdemokratisches Postulat handelt.

Das in erster Lesung beschlossene neue PBG wird, falls in der 2. Lesung keine Korrekturen in unserem Sinn erfolgen, der Volksabstimmung unterbreitet, weil die AF mit grösster Wahrscheinlichkeit das Referendum dagegen ergreifen wird.

Die Zusammenarbeit der AF mit der SP-Fraktion war während dieser Kantonsratssitzung an einem Tief-

punkt angelangt. Deshalb wurde eine gemeinsame Sitzung im August angesagt, um das weitere gemeinsame Vorgehen in der Spitalfrage und bezüglich des PBC zu besprechen.



Einkaufszentren: immer mehr, immer grösser - immer leerer?

Bild Brigitte Weiss

Umstrittene Hilfeleistung für Zuger Kunstseilbahn

Die Staatsrechnung 1997 war der alternativen Fraktion (AF) dieses Mal keine Wortmeldung wert. Dass dann auch die SP-Fraktion dazu schwieg, war nicht vorauszusehen. Die verbleibenden Redner aus den bürgerlichen Fraktionen wiederholten das bereits letztes und vorletztes Jahr Gesagte. Quintessenz: Trotz des positiven Rechnungsabschlusses muss der Kanton Zug weiterhin sparen.

Die Verteilung des Ertragsüberschusses hingegen rief die AF gemeinsam mit der SP auf den Plan. Engagiert wandte sich Kantonsrätin Luzia Gassner (SP) gegen die 200'000 Franken zugunsten der Kunstseilbahn Zug. Sie und Jo Lang stellten alternative Projekte vor, die mit je 100'000 Franken unterstützt werden sollten: Ferien für Kinder von arbeitslosen Eltern in der

Schweiz und der Aufbau von Wohnungen und einer Zementfabrik in Ecuador. Von der Tradition, nationale und internationale Hilfeleistungen zu erbringen, sollte nach Ansicht beider Fraktionen nicht abgewichen werden. Mit 47:16 Stimmen entschied sich der Rat trotzdem für die Unterstützung der Kunstseilbahn.

Peinliche Attacke der SVP gegen Hanspeter Usters Asylpolitik

Die bereits eingangs erwähnte SVP-Interpellation zur Asylthematik provozierte sämtliche Fraktionen zu Diskussionsbeiträgen. Niemand erklärte sich mit dem Tonfall der SVP einverstanden, doch waren unterschwellig fremdenfeindliche Töne nicht zu überhören.

Peinlich geriet auch der Auftritt von CVP-Fraktionschef Peter Hegglin, welcher bemängelte, dass die Kantonspolizei zwar Temposünder und alkoholisierte Autofahrer jage, dafür aber zu wenig gegen kriminelle Asylbewerber unternähme.

Für die AF sprach Jo Lang zum Thema und abschliessend nahm Hanspeter Uster als zuständiger Regierungsrat Stellung. Er verwies u.a. darauf, dass die Kritik der SVP vor allem die Gesetzgebung des Bundes im Ausländer- und Asylbereich betreffe, die vom Kanton nicht direkt beeinflussbar sei. Weiter gelang es ihm, die von Jean-Paul Flachsmann (SVP) vorgelegten Zahlen zu korrigieren. Kein einziger Fall, der die Bedingungen für die Anordnung einer Ausschaffungshaft erfüllen würde, sei im Kanton Zug pendent.

Obwohl die SVP, ratsintern betrachtet, mit ihrem Vorstoss auf die Nase gefallen ist, bleibt doch das ungute Gefühl zurück, dass sie sich mit diesem Thema während der Wahlen profilieren will und kann.

Folgeschwere Personalplafonierung

Der Rechenschaftsbericht des Obergerichts veranlasste Toni Kleimann zum Eingreifen. Er geisselte die Personalplafonierung bei den Gerichten nicht nur mit scharfen Worten, sondern auch mit Fallbeispielen, die belegen, welche Folgen die Pendenzenberge der Justiz für die Rechtssuchenden haben können.

Jo Lang hingegen zeigte sich zufrieden mit der Antwort des Obergerichts zu seiner Interpellation betreffend drohende Verjährung eines Strafverfahrens gegen einen Zuger Wirtschaftsanwalt (Fall Iso Lenzlinger). Nicht das Obergericht verkennt die Probleme, sondern die Mehrheit des Kantonsrates, die sich des Preises, den der Finanz- und Handelsplatz Zug hat, nicht bewusst ist.

Vor den Sommerferien wurden folgende Kommissionen bestellt:

Einführungsgesetz zum Bundesgesetz über den Wald. Hier nimmt Ruth Wyss für die AF Einsitz.

Änderung des Gesetzes über die Organisation der Gerichtsbehörden. Änderung der Strafprozessordnung. Änderung des Kantonsratsbeschlusses betreffend Bewilligung von Personalstellen für die Zivil- und Strafrechtspflege 1997-2000. Hier vertritt Toni Kleimann die AF.

Anregungen, Fragen usw. bitte direkt an Ruth Wyss oder Toni Kleimann richten. ■